



Zentrale Beratungsstelle „Ausländer*innen und Fachkräftesicherung“ (ZBS-AuF II)

UNTERNEHMENSINFO NR. 1

SACHSTAND 01.08. 2019

Kurzinformation für Unternehmen in Niedersachsen - Wie kann ich schutzsuchende Menschen beschäftigen?

Herausgeber:

Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.
Fachbereich Projektentwicklung

Projekt ZBS AuF II

Norbert Grehl-Schmitt
Knappsbrink 58
D - 49080 Osnabrück

Tel: +49 (0)173 3909258

E-Mail: zbs-auf@caritas-os.de

Internet: <http://www.zbs-auf.info>

Impressum:

www.caritas-os/impressum.de

© Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.

Die Inhalte dieser Information sind urheberrechtlich geschützt. Eine Nutzung für eigene Zwecke ist erlaubt. Die – auch auszugsweise – Vervielfältigung ist ausdrücklich untersagt. Um sicherzugehen, dass die jeweils aktuellen Texte genutzt werden, sollte immer unmittelbar auf das Webseitenangebot zugegriffen werden.

Das Projekt wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung



Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Digitalisierung





BITTE UNBEDINGT BEACHTEN!

Bei der Beschäftigung von Ausländer*innen, so auch von Flüchtlingen, sind Betriebe verpflichtet, zu prüfen, ob eine Beschäftigungserlaubnis vorliegt und für die Dauer der Beschäftigung eine Kopie des Aufenthaltspapiers aufzubewahren.

I. BESCHÄFTIGUNGSERLAUBNIS

Das jeweilige **Aufenthaltspapier** (Niederlassungs- oder Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung oder Duldung) gibt Auskunft darüber, **unter welchen Voraussetzungen** ein Flüchtling arbeiten darf. Angaben dazu können in etwa wie folgt lauten:

1. „ERWERBSTÄTIGKEIT GESTATTET“

Der Flüchtling darf **in allen Bereichen arbeiten** und sich **auch selbständig** machen.

2. „BESCHÄFTIGUNG GESTATTET“

Der Flüchtling darf **in allen Bereichen arbeiten**, sich aber **nicht ohne weiteres selbständig** machen.

3. „BESCHÄFTIGUNG NUR MIT GENEHMIGUNG DER AUSLÄNDERBEHÖRDE GESTATTET“

Hier gelten nachfolgende **Regelungen**, die **unbedingt beachtet** werden sollten.

3.1 BESCHÄFTIGUNG ALS ARBEITNEHMER*IN

Der Flüchtling muss für eine **konkrete** Arbeitsstelle, die ihm angeboten wird, bei der **Ausländerbehörde** die Erteilung einer **Beschäftigungserlaubnis** beantragen. Der Arbeitgeber muss hierzu ein Stellenbeschreibungsformular ausfüllen, das dem Antrag beigelegt wird.

Die **Ausländerbehörde** schickt den Antrag in der Regel zur **Bundesagentur für Arbeit**. Diese prüft unter Einschaltung des Arbeitgeberservice der örtlichen Agentur für Arbeit, die für den konkreten Arbeitgeber zuständig ist, die **Arbeitsbedingungen**.

Dabei wird geklärt, ob in dem angebotenen Arbeitsvertrag die **gesetzlichen Regelungen** (Arbeitnehmerschutzgesetze etc.) eingehalten werden und die Entlohnung dem **Tariflohn bzw. ortsüblichen Lohn** entspricht.

Das Projekt wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung



Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Digitalisierung





In Niedersachsen findet **keine Vorrangprüfung** mehr statt und **Leiharbeit ist möglich**.

Dauer der Prüfung

Für die Prüfungen hat die Bundesagentur für Arbeit **zwei Wochen Zeit**. Das Verfahren kann sich verzögern, wenn die Angaben des Flüchtlings oder des Betriebs nicht vollständig sind. Es wird deshalb dringend geraten, die **Formulare gewissenhaft auszufüllen**.

In dringenden Fällen empfiehlt es sich, **zwei Wochen nach Einreichung** des Antrags bei der **Ausländerbehörde zu erfragen**, wann der Antrag zur Bundesagentur für Arbeit geschickt wurde.

Verfahren nach Entscheidung

Wenn die Bundesagentur für Arbeit zustimmt oder nicht antwortet (!), wird die **Ausländerbehörde die Beschäftigungserlaubnis** für diese Arbeitsstelle erteilen und diese **in das Aufenthaltspapier eintragen**.

Lehnt die Ausländerbehörde die Erteilung der Beschäftigungserlaubnis ab, ist die Ausländerbehörde verpflichtet, dem Flüchtling die **Gründe der Ablehnung schriftlich** mitzuteilen. Dagegen kann in einer bestimmten Frist Rechtsmittel eingelegt werden.

3.2 BESCHÄFTIGUNG ALS AUSZUBILDENDE ODER IM RAHMEN EINES PRAKTIKUMS

Bei folgenden Ausbildungs- und Praktikumsarten entscheidet die Ausländerbehörde ohne die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit:

- **Berufsausbildungen** in staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberufen
- **Praktika**, die vorgeschriebene Bestandteile einer Ausbildung oder eines Studiums sind
- **Praktika bis zu drei Monaten** zur Orientierung für eine Ausbildungs- oder Studienaufnahme oder begleitend zu einer Ausbildung oder einem Studium
- **Einstiegsqualifizierungen** etc.

Das Projekt wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung



**Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**





ACHTUNG:

Beginnt ein Flüchtling eine mindestens 2-jährige Ausbildung oder hat er sie bereits begonnen und wird sein Asylantrag endgültig abgelehnt, **erteilt** die Ausländerbehörde eine sog. **Ausbildungsduldung**, wenn

- konkrete aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht bevorstehen und
- keine strafrechtliche Verurteilung in einem bestimmten Umfang vorliegt.

Ab 01.01.2020 werden die Hürden für die Erteilung einer Ausbildungsduldung deutlich erhöht. Daher sollten Auszubildende mit einer Duldung unverzüglich eine Ausbildungsduldung beantragen.

4. „ERWERBSTÄTIGKEIT NICHT GESTATTET“

Dieser Eintrag bedeutet nicht zwingend, dass der Flüchtling nicht beschäftigt werden darf. Er kann auch in diesem Fall für die ihm angebotene Stelle die Erteilung einer **Beschäftigungserlaubnis beantragen**.

Wenn **kein Arbeitsverbot** besteht, wird die Ausländerbehörde den Antrag an die Bundesagentur für Arbeit weiterleiten (vgl. 3.1).

Ein **Arbeitsverbot** besteht **bei Asylsuchenden** mit Aufenthaltsgestattung, wenn

- sie noch **keine drei Monate** in Deutschland sind oder
- sie noch in einer **Erstaufnahmeeinrichtung** leben und seit der Asylantragstellung noch **keine neun Monate** vergangen sind oder
- sie aus sog. sicheren Herkunftsstaaten kommen und der Asylantrag nach dem 31.08.2015 gestellt wurde.

Sog. sichere Herkunftsstaaten sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Senegal und Serbien.

Ein **Arbeitsverbot** besteht **bei Personen mit einer Duldung** vor allem, wenn

- sie in einer **Erstaufnahmeeinrichtung** wohnen und noch **nicht seit sechs Monaten** eine Duldung nach § 60a AufenthG haben oder
- ein Arbeitsverbot besteht, insbesondere weil sie aus einem sog. **sicheren Herkunftsstaaten** kommen und ein nach dem 31.08.2015 gestellter Asylantrag abgelehnt wurde oder
- sie eine sog. „**Duldung für Personen mit ungeklärter Identität**“ nach § 60b AufenthG haben.

Das Projekt wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung



Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Digitalisierung





II. WOHSITZAUFLAGE

Enthält das Aufenthaltspapier eine Wohnsitzauflage (z. B. „**Die Wohnsitznahme ist nur im Bereich der Stadt ... gestattet.**“) sind Ausländer*innen verpflichtet, dort zu wohnen. Wird der Lebensunterhalt an einem anderen Wohnort vollständig eigenständig gesichert, wird die Wohnsitzauflage auf Antrag des Flüchtlings von der Ausländerbehörde aufgehoben. Bei Schutzberechtigten mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 – 3 AufenthG wird die Wohnsitzauflage aufgehoben, wenn sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (mindestens 15 Stunden/Woche, Gehalt **mindestens 712,- € netto**) ausüben oder eine Ausbildung aufgenommen haben.

III. FÖRDERUNG VON ARBEITS- UND AUSBILDUNGSPLÄTZEN

Beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen und nach einer Ermessensentscheidung der Agentur für Arbeit oder des JobCenters kommen folgende Förderungen in Frage:

1. FÖRDERUNG VON ARBEIT

- **Eingliederungszuschuss**
Förderhöhe: max. 50 % des zu berücksichtigenden Arbeitsentgelts
Förderdauer: max. 12 Monate.
- **Eingliederungszuschuss für behinderte und schwerbehinderte Menschen**
Förderhöhe: max. 70 % des zu berücksichtigenden Arbeitsentgelts
Förderdauer i.d.R.: max. 24 Monate
- **Leistungen zur Beschäftigungsförderung** für Personen, die Arbeitslosengeld II beziehen
Förderhöhe: max. 75 % des zu berücksichtigenden Arbeitsentgelt

2. FÖRDERUNG VON AUSBILDUNG

- **Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen**
Förderhöhe: i.d.R. max. 60 % bei Behinderung max. 80 % bei Schwerbehinderung der Ausbildungsvergütung für das letzte Ausbildungsjahr einschließlich pauschalitem AG-Anteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag.
Förderdauer: gesamte Ausbildungsdauer

Das Projekt wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung



**Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**





- **Einstiegsqualifizierung**

Die betriebliche Einstiegsqualifizierung dient der Vorbereitung einer betrieblichen Berufsausbildung

Förderhöhe: Zuschuss zur Vergütung bis 231,- € mtl. zuzügl. pauschalierterm Anteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag

Förderdauer: 6 – 12 Monate

Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrer **örtlichen Arbeitsverwaltung** oder von **Berufsverbänden** oder wenden Sie sich an eine der **Beratungsstellen für Unternehmen**, die Ihnen gerne weiterhelfen. (**Kontaktadressen** siehe www.zbs-auf.info)

IV. ARBEITSVERTRAG

Es gilt in der Regel das **deutsche Arbeitsrecht**.

Auch wenn die Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung oder Duldung befristet ist, kann ein unbefristeter Arbeitsvertrag geschlossen werden, was zumindest den Verwaltungsaufwand reduziert und auch Kettenverträge vermeidet.

Auch mit Geflüchteten mit einem befristeten Aufenthaltspapier muss ein **unbefristeter Arbeitsvertrag** geschlossen werden, wenn eine Befristung arbeitsrechtlich verboten ist.

Wenn Arbeitnehmer*innen nicht mehr beschäftigt werden dürfen, weil **dauerhaft** keine Beschäftigungserlaubnis mehr erteilt wird, ist eine personenbedingte Kündigung angezeigt.

Das Projekt wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung



**Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**

